

Wasser/Abwasser: Miteinander, nicht gegeneinander

29.05.2013

Sie waren mehrfach aneinander geraten - ein klärendes Gespräch sollten WVS-Werkleitung und die Bürgerinitiative "Rhön Aktiv" zu Verbündeten machen.

Bad Salzungen - "Ein klärendes Gespräch" sollte es sein zwischen dem WVS-Verbandsvorsitzenden Klaus Bohl, seinem Stellvertreter Udo Schilling, Werkleiter Heiko Pagel und den Vertretern der Bürgerinitiative "Rhön Aktiv" unter Leitung von Sprecher Carsten Brand. "Wir sollten Klartext miteinander reden und Verbündete werden, um gemeinsam realistische Wege für eine geordnete Abwasserentsorgung zu bezahlbaren Preisen in einem überschaubaren Zeitraum zu realisieren", steckte Bohl das Ziel der Unterredung ab. Sein Wunsch, Parteiinteressen dabei außen vor zu lassen.

Die Vertreter der BI standen diesem Ansinnen aufgeschlossen gegenüber. Jedoch erhebt die BI den Anspruch, so Brand, den Verband kritisch zu begleiten. Dabei brachten die BI-Mitglieder noch einmal die Ängste und Sorgen der Bürger zum Ausdruck. Vieles wurde angesprochen. Straßen in Diedorf, in denen nur ein Mischwasserkanal gelegt wurde, obwohl ein Trennsystem geplant worden war. Der Oberflächenwasserkanal in Straßen, obwohl der Graben in die Vorflut neben der Straße laufe. Die Angst der Anwohner, dass sie jetzt für Kanäle zahlen sollen, ohne dass in absehbarer Zeit eine Kläranlage gebaut werden kann. "Die Bürger haben Angst, dass sie jetzt Beiträge für Kanäle zahlen müssen, egal ob als Vorauszahlung oder als Beitrag für den Ortskanal, und dann doch eine vollbiologische Grundstückskläranlage bauen müssen, machte Carsten Brand noch einmal deutlich. Die Kostenspaltung, die nun vom Verwaltungsgesamt ausgesetzt worden ist, habe etwas Gutes, weil die Bürger zweimal vier Jahre Zeit haben, um die Beiträge zu zahlen. Wenn aber nicht zeitnah der Bau einer Kläranlage folge, sehe er sie kritisch, weil es für die Bürger keine Sicherheit gebe. Diese Ängste seien berechtigt, bestätigten Pagel und Bohl. Allerdings werde der Verband nicht allen Wünsche nach einer Kläranlage erfüllen können, auch nicht im Feldatal.

Sonderprogramm

Der WVS Bad Salzungen rangiere mit einem Anschlussgrad von 49 Prozent auf dem vorletzten Platz in Thüringen. Es müsse also noch viel geschafft werden, sagt Bohl. Deshalb werde die Werkleitung bis zum Sommer eine Konzeption erarbeiten, wo vorrangig Kläranlagen gebaut werden sollten. Dafür müsste der Verband Kriterien entwickeln. Ein Kriterium müsse sein, dass dort, wo der Verband mehr als 50 Prozent des Ortskanalnetzes fertiggestellt hat, eine zentrale Anlage gebaut werden sollte. Bestes Beispiel im Feldatal sei dabei die kleine Gemeinde Andenhausen. Über 80 Prozent des Ortskanalnetzes seien fertig, also denke der Verband über eine Kläranlage mit einfacher und kostengünstiger Technik nach. So wie in Frauensee könnte hier eine Containerlösung passen. Im ländlichen Raum müsse man weg von den Betonklötzen und flexible Lösungen schaffen, so Pagel. Carsten Brand will deshalb "auch ins Sachsenland fahren", um sich über dortige Containerlösungen zu informieren.

Was den Kläranlagenbau im Feldatal betrifft, fordern Pagel und Bohl, die kostengünstigste Variante gemeinsam zu tragen. Sie hoffen auf ein Sonderprogramm der Landesregierung zur Förderung für den ländlichen Raum. Außerdem gebe es Hinweise, dass der Freistaat die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 verlängert. Laut Pagel und Bohl kann ein Sonderprogramm zum Bau von Kläranlagen nur mit den Bürgermeistern, Gemeinderäten und Bürgern gestemmt werden. Das Vorhaben werde nicht leichter durch die Aussetzung der Kostenspaltung und eine Reduzierung der Investitionen von zehn auf acht Millionen Euro. Aber es gebe andere Möglichkeiten der Finanzierung, wenn eine solche Anlage wirklich gewollt sei, beispielsweise über Vorauszahlungen.

Eigenanteil der Gemeinde

Es müsse klar sein, dass sowohl die Gemeinden als auch die Bürger dann ihren Eigenanteil leisten müssten. Es sei Aufgabe des WVS, in der Verbandsversammlung über das Abwasserbeseitigungskonzept die Investitionen zu beschließen. Natürlich werde er in jede Gemeinde kommen, wenn es Erklärungsbedarf gebe. Aber es sei Aufgabe der Bürgermeister und der Gemeinderäte, in den Orten abzuklären, was wirklich gewollt sei, sagt Pagel. Jens Krämer aus Diedorf erinnert an Versäumnisse in der Vergangenheit. "Wenn die Bürger in der Rhön gewusst hätten, dass sie neben den Straßenausbaubeiträgen auch noch für den Ortskanal zahlen müssen, wäre so manche Straße über die Dorferneuerung nicht gebaut worden." "Aber was wäre die Alternative? Es wäre nichts geschehen", entgegnet Bohl.

Trotzdem bleibe es ein Problem, die Gemeinden hätten zunehmend kein Geld mehr und die Bürger auch nicht und irgendwann werde dann auch der Beitragssatz für Abwasser von 3,48 Euro pro Quadratmeter gewichtete Grundstücksfläche nicht mehr zu halten sein, befürchtet Krämer.

Carsten Brand regt an, über eine reine Gebührenfinanzierung nachzudenken, damit nicht alle Lasten beim Grundstückseigentümer hängen bleiben. Solche Varianten seien bereits geprüft worden, viel wichtiger für Pagel ist das gemeinsame Ringen um den Erhalt der sogenannten Privilegierungstatbestände, sprich dass die Beiträge für übergroße Grundstücke gedeckelt sind und die Zinsaufwendungen vom Land erstattet werden. Das Land trage allein beim WVS 32 Millionen Euro aus der Privilegierung, zehn Millionen schultern die Bürger. Deshalb müsse es das gemeinsame Ziel sein, "die Politiker im Landtagswahlkampf darauf festzunageln", dass dieses Geld weiter an die Verbände fließe.

Am Ende des Gesprächs würdigte Bohl die sachliche und konstruktive Atmosphäre. Es seien viele Probleme zur Sprache gekommen, doch er sei guter Hoffnung, dass es gelingen könnte, dass WVS-Werkleitung und die Bürgerinitiative miteinander arbeiten können. Sie könnten Verbündete sein für ein Sonderprogramm zum Bau von kostengünstigen Kläranlagen im ländlichen Raum und für die Sicherung der Privilegierungstatbestände. Aber vor allem sieht Bohl in der BI einen Partner für die Willensbildung in den Gemeinden vor Ort. *wei*